

# Im Einsatz gegen die Schweizer Islamistszene

Mehrere junge Erwachsene aus Winterthur haben sich in den letzten Jahren der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) angeschlossen. Urs Allemann leitet die neue Fachstelle, welche weitere Radikalisierungsfälle verhindern soll. Ein Besuch.



Die An'Nur-Moschee in Winterthur gerät wiederholt in den Fokus der Polizei: Im Bild die Razzia vom 2. November 2016.

Bild: Eveline Rutz

Urs Allemann wird von Journalisten umringt. Konzentriert und etwas angespannt sagt er in Mikrofone und Kameras immer wieder die gleichen Sätze. «In der Bevölkerung herrscht eine gewisse Verunsicherung» zum Beispiel. Oder «Winterthur hat kein ausgeprägtes Extremismusproblem.» Rund 100 Tage, nachdem er die Leitung der neuen Fachstelle für Extremismus und Gewaltprävention (FSEG) angetreten hat, stellt sich der 39-Jährige erstmals den Medien. Das Interesse an seiner Arbeit ist riesig.

Die Winterthurer Islamistszene sorgt seit 2014, als zwei Teenager nach Syrien in den Jihad reisten, für Schlagzeilen. Grosses Medienecho löste zuletzt die Verhaftung eines radikalen Imams in der An'Nur-Moschee aus, in deren Umfeld Krieger für den IS rekrutiert worden sein sollen. Die Fachstelle, die am 1. Oktober 2016 ihren Betrieb aufgenommen hat, soll nun dazu beitragen, dass gefährdete Personen früh erkannt werden. «Ziel ist es, zu verhindern, dass sie die rote Linie überschreiten», sagt Allemann. Radikales Gedankengut an sich sei nicht straf-

bar. Erst wenn Gesetze missachtet würden, liege illegaler Extremismus vor.

## «Kein Einzelkämpfer»

Beim Gespräch in seinem Büro wirkt der Fachstellenleiter deutlich entspannter. Trotz dem Medienrummel fühlt er sich nicht unter Druck. «Ich bin ja kein Einzelkämpfer», sagt er. Er arbeite unter anderem mit der Integrationsförderung, der Stadtpolizei und den Schulen zusammen. Prävention sei immer ein Teamwork. «Sonst könnte ich diese Verantwortung nicht übernehmen.»

Allemann hat einst Landschaftsgärtner gelernt. Da er mehr mit Menschen zu tun haben wollte, stieg er danach in die Sozialarbeit ein. Später kam eine Weiterbildung zum Coach, Supervisor und Mediator hinzu. Die letzten drei Jahre arbeitete er in der Jugend- und Familienberatung KJZ Winterthur. Davor war er neun Jahre bei der Fachstelle für Gewaltprävention der Stadt Zürich (FfG) tätig, die schweizweit als Vorbild gilt. Mit potenziellen Jihad-Kämpfern hatte er damals noch nicht zu tun, dafür beschäftigten ihn Phänomene wie Happy Slapping oder Cybermobbing. An seiner neuen Funktion, die vorerst bis Ende 2018 befristet ist, gefällt ihm, dass er etwas aufbauen und gestalten kann.

In den ersten dreieinhalb Monaten hat er 17 Fälle bearbeitet. Als harmlos erwies sich die Anfrage eines Vermieters, der befürchtete, sein Lokal werde für «illegale Geschichten» genutzt. Allemann aktivierte sein Netzwerk und stellte fest, dass der Verein, der den Argwohn des Mannes geweckt hatte, lediglich kulturelle Zwecke verfolgt.

### «Jihad ist Pflicht»

Eine beunruhigende Entwicklung nahm hingegen der Fall eines 19-jährigen Konvertiten. Sein alleinerziehender Vater berichtete Allemann, dass der Betroffene unter der familiären Situation leide, dass er keine Ausbildung absolvierte, keine Arbeit und damit auch keine Tagesstruktur habe. Im Verlauf der Beratung deutete immer mehr auf eine Radikalisierung hin. Der junge Mann veränderte seine Kleidung und kritisierte den Westen für seine Politik in Syrien. Er recherchierte am Computer eine Reise nach Istanbul und notierte sich die Phrase «Jihad ist Pflicht». Dies veranlasste den Vater und den Fachstellenleiter letztlich dazu, die Polizei zu informieren.

«Wenn sich jemand selbst oder andere gefährdet, muss ich einschreiten», sagt Urs Allemann. Er habe in der vertraulichen und auf Wunsch anonymen Beratung zwar einen gewissen Spielraum, was etwa den Konsum illegaler Videos betreffe. Summierten sich jedoch die Hinweise auf kriminelle Aktivitäten, schalte er die Polizei ein. Dies kommuniziere er auch. Allemann bemüht sich, Anfragen innerhalb von 48 Stunden zu beantworten. Am Feierabend und am Wochenende ist er für seine Klienten nicht erreichbar. Die FSEG ist keine Blaulichtorganisation. «Wenn es so eilt, ist die 117 die richtige Wahl.»

### Weltweites Phänomen

Zur Winterthurer Islamistszene will sich der Sozialarbeiter nicht detailliert

äussern. Er ist mit allen sechs Moscheevereinen im Gespräch und spürt bei einigen Vorstandsmitgliedern eine gewisse Ohnmacht. Er ermutigt sie dazu, ihre Werte deutlich zu machen und Moscheebesucher, die ihnen suspekt sind, anzusprechen.

«Die Muslimgemeinden sind Teil der Lösung», sagt der Stadtrat Nicolas Galladé (SP). Die Behörden hätten grosses Interesse daran, mit konstruktiven Kräften in Kontakt zu sein. Jihadismus sei kein Winterthurer, sondern ein weltweites Phänomen, betont der Sozialvorstand. Entsprechend zentral sei der nationale und internationale Austausch.

### Ausweitung auf den Bezirk geprüft

Die neue Fachstelle richtet sich an Personen aus der Stadt. Aus umliegenden Gemeinden sind bislang keine Anfragen eingegangen. Sollten solche eintreffen, werde man die Tür nicht zuschlagen, sagt Allemann. Man prüfe eine Ausweitung auf den Bezirk. In Gemeinden mit 800 bis 2000 Einwohnern sei Jihadismus kaum ein Thema, sagt Martin Farner, Vizepräsident des Zürcher Gemeindepräsidentenverbands. Es gebe in ihnen noch eine gewisse soziale Kontrolle: «Man kennt sich.» Jugendlichen, die ein auffälliges Verhalten zeigten, nehme sich zudem die Schulsozialarbeit an.

### Zürich leistet Pionierarbeit

Urs Allemann ist auch Mitglied des innerstädtischen Netzwerkes, der kantonalen Koordinationsgruppe Jugendgewalt sowie einer Arbeitsgruppe des Städteverbands. Er tauscht sich mit anderen Fachstellen aus – allen voran mit der Fachstelle für Gewaltprävention (FfG) der Stadt Zürich. Sie existiert bereits seit 14 Jahren und hat viel Vorarbeit geleistet. «Wir geben unser Wissen gerne weiter – es hilft niemandem, wenn sich 26 Kantone je in einem Kokon verschliessen», sagt Leiter Daniele Lenzo. Als 2014 Enthauptungsvideos des IS kursierten, erarbeitete sein Team zusammen mit der Stadtpolizei den Leitfaden «Radikalismus» für Schulen und die offene Jugendarbeit; das Notfalldispositiv ist inzwischen auch über eine App abrufbar. Später entwickelte die FfG eine strukturierte Fragemethodik, welche dabei hilft, Radikalisierungstendenzen zu erkennen oder auszuschliessen. Sie ist in den letzten zwei Jahren vom Schweizerischen Institut für Gewaltein-schätzung zu RaProf (Radicalisation Profiling) weiterentwickelt und von der Fachstelle 88 Mal eingesetzt worden. In sechs Fällen führte dies – nach einer Einschätzung von zwei Experten – zu einer Meldung bei der Polizei.

## Die Problem-Moschee

Die An'Nur-Moschee in Winterthur gerät immer wieder in die Schlagzeilen. Jugendliche aus der Region Winterthur, die nach Syrien gereist sind und sich der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) angeschlossen haben, sollen zuvor in der An'Nur-Moschee radikalisiert worden sein. Die Vermieterin hat dem Kulturverein An'Nur den Mietvertrag gekündigt, dieser wurde aber zweimal gerichtlich erstreckt. Nach einer Polizeirazzia im letzten November im Nachgang zu einem kritischen Bericht des Journalisten Kurt Pelda verhaftete die Staatsanwaltschaft Winterthur am 21. Februar zehn Personen, die im November zwei Personen bedroht und verprügelt haben sollen – vermutlich als Strafe für die Weitergabe von Informationen an den Journalisten. *dla*

### Bewährte Konzepte anwenden

«Die strukturierte Fragemethode dient vor allem dazu, einen Verdacht zu entkräften», sagt Lenzo. Vielfach dominiere eine andere Problematik. So könne es sein, dass sich ein Schüler salafistischen Kreisen zuwende, weil er gemobbt oder ausgegrenzt werde. Gehe man das Mobbing gezielt an, nehme die Gefahr ab, dass er sich radikalisiere. «Es braucht keine neuen, flächendeckenden Präventionskonzepte», sagt Lenzo. Lehrpersonen und Sozialarbeiter könnten auf bewährten Ansätzen und Abläufen aufbauen. Entscheidend sei ihre Haltung. Sie müssten klar kommunizieren, dass Gewalt durch nichts zu legitimieren sei.

### Bern hat seit 2014 Fachstelle

«Hinter jeder Radikalisierung steht eine persönliche Krise», sagt Ester Meier. «Diese frühzeitig zu erkennen, ist entscheidend.» Meier leitet das Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz der Stadt Bern und ist für die 2014 geschaffene Fachstelle Radikalisierung zuständig. Jihadismus sei eher ein Randphänomen, sagt sie. In den ersten zwei Jahren habe die Fachstelle 31 Fälle bearbeitet. Das sei sehr wenig. Umso wertvoller sei der Austausch mit anderen Städten. Meier warnt indes davor, nur die Städte in der Verantwortung zu sehen.

### Koranverteilaktionen dulden?

«Jihadismus ist kein spezifisch städtisches Thema.» Noch zu wenig gelingt es den Präventionsstellen ihrer Meinung nach, an gefährdete Erwachsene zu ge-



Vom Landschaftsgärtner zum Experten für Gewaltprävention: Urs Allemann. Bild: zvg

langen. «Da besteht noch ein Manko.» Dass hierzulande Koranverteileraktionen geduldet werden, beobachtet sie mit Sorge. Urs Allemann versteht das Be-

fremden, das «Lies!»-Aktionen bei vielen auslösen. Er ist Repression gegenüber aber skeptisch. Sie führt seiner Meinung nach bloss dazu, dass radikale Gruppierungen andere Wege nutzen, um potenzielle Mitglieder anzusprechen. Als Beispiele nennt er die App «We love Muhammad» sowie Koranlesegruppen.

### Fachkollegen auch in Basel

Seit dem 1. November hat er auch in Basel Fachkollegen. Seither ist die Anlaufstelle Radikalisierung in Betrieb. Wie viele Anfragen bislang eingegangen sind und welchen Inhalt sie hatten, geben die Verantwortlichen nicht bekannt. «Fallzahlen werden einmal jährlich kommuniziert – auch, um Rückschlüsse auf konkrete Fälle zu auszuschliessen.

### Schweizer Strategie in Ausarbeitung

Wie wichtig die überregionale und interdisziplinäre Zusammenarbeit ist, hat eine Zürcher Delegation unter der Leitung von Regierungsrätin Jacqueline Fehr im Sommer 2016 in Belgien gesehen. Vilvoorde, das früher als Jihadistenhochburg galt, ist so gelungen, sich zum

Musterbeispiel für Extremismusprävention zu mausern. Daniele Lenzo, der an der Reise teilgenommen hat, berichtet, dass die belgischen Behörden beim Datenschutz allerdings weniger stark eingeschränkt sind als die Schweizer. Sie dürfen die Namen gefährdeter Personen austauschen; hierzulande ist dies bislang untersagt. «Darüber wird man in Zukunft sicher noch diskutieren», so Lenzo. Der Sicherheitsverbund Schweiz erarbeitet momentan eine nationale Strategie; auch der Schweizerische Gemeindeverband ist in den Gremien vertreten, um die Anliegen der Gemeinden einzubringen. Der Nationale Aktionsplan «Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus» wird im Herbst erwartet.

Wissensvermittlung, Beratung und Vernetzung: Urs Allemann hat verschiedene Aufgaben. Noch ist es für ihn ungewohnt, sich im Fernsehen zu sehen. Er findet die Medienarbeit jedoch spannend. «Es gefällt mir, rauszugehen und zu zeigen, was wir machen.»

Eveline Rutz

Anzeige

WIR SPINNEN. **SiAXMA**<sup>®</sup>  
NETZE FÜR ZEIT UND SICHERHEIT.

# Machen Sie Schluss!

Verwalten Sie für Ihre Gemeinde immer noch unzählige Schlüssel? Oensingen hat damit aufgehört und ein elektronisches Schliesssystem eingeführt. Machen auch Sie Schluss mit Schlüsseln.

 **SUISSE PUBLIC**  
Schweizer Fachmesse für öffentliche Betriebe und Grossunternehmen  
Bern, 13.–16. Juni 2017

Am **Stand B04/Halle 3.1** der Siaxma AG erfahren Sie mehr über Zutrittskontrolle, Videoüberwachung und Zeiterfassung.  
[www.siaxma.ch](http://www.siaxma.ch)